

Vergabestelle

**Kassenärztliche Vereinigung
Baden-Württemberg**

Kaufmännische Verwaltung

Albstadtweg 11
70567 Stuttgart

Tel: 0711 7875 – 3002

Fax: 0711 7875 – 48 3739

E-Mail: kvbw-vergabestelle@kvbawue.de

Vergabeart:

Öffentliche Ausschreibung

Ablauf der Einreichungsfrist:

Datum: 30.06.2026

Uhrzeit: 11:00 Uhr

Abgabe des Angebots:

Vergabeplattform

[https://vergabeportal-bw.de/Satellite/com-
pany/welcome.do](https://vergabeportal-bw.de/Satellite/company/welcome.do)

01.06.2026

**Aufforderung zur Angebotsabgabe im Rahmen der Öffentlichen Ausschreibung,
gem. § 9 UVgO i.V.m. § 8 Abs. 2 UVgO**

Leistung: MAK Referentenleistungen 2027

Vergabenummer: KVBW_2026/05-0026_ZVS

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) beabsichtigt den vorstehend näher bezeichneten Auftrag zu vergeben. Wir freuen uns, dass Sie an vorliegendem Vergabeverfahren teilnehmen möchten und bitten Sie, für die ausgeschriebenen Leistungen ein Angebot zu erstellen und dieses innerhalb der Angebotsfrist einzureichen.

Die in diesen Ausschreibungsunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen verstehen sich für alle Geschlechter.

Mit „Bieter“ sind am Vergabeverfahren teilnehmende Unternehmen gemeint, mit „Auftragnehmer“ sind Bieter bezeichnet, die den Zuschlag erhalten haben. Dies gilt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Die Ausschreibungsunterlagen für dieses Verfahren bestehen neben dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe aus den folgenden Dokumenten:

1. Angebotsblatt
2. Mustervertrag
3. Leistungsbeschreibung
4. Terminübersicht
5. Leistungsverzeichnis (Preisblatt)
6. Fragebogen zur Leistungsbewertung
7. Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft
8. Erklärung zum Nachunternehmereinsatz und Nachunternehmer-Verpflichtungserklärung
9. Datenschutz- und Vertraulichkeitserklärung
10. Scientology-Schutzerklärung
11. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt
12. BVB zur Erfüllung des LTMG und MiLoG

1. Auftraggeber

Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

Albstadtweg 11
70567 Stuttgart

2. Allgemeine Pflichten der Bieter

Die Bieter haben sich unmittelbar nach Erhalt der Ausschreibungsunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Der Bieter ist verpflichtet, die Vollständigkeit und Lesbarkeit aller Unterlagen sofort zu überprüfen.

Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Ausschreibungsunterlagen enthalten vertrauliche Informationen. Die Bieter haben die Vertraulichkeit der Unterlagen zu wahren. Die Ausschreibungsunterlagen dürfen durch den Bieter nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Eine sonstige Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, bedarf der schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber.

Die Bieter beteiligen sich an keinen unzulässigen oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichteten Wettbewerbsabsprachen. Sie haften dem Auftraggeber für sämtliche durch unzulässige oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichtete Wettbewerbsabsprachen, an denen sie beteiligt waren, verursachten Schäden.

3. Übermittlung und Auskünfte

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich, bis spätestens **23.06.2026, 23:59 Uhr** darauf hinzuweisen.

Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis spätestens **23.06.2026, 23:59 Uhr** bei der oben angegebenen Auskunft erteilenden Stelle eingegangen sind.

Später eingehende Auskunftersuche werden nicht mehr bearbeitet. Mündliche/telefonische Anfragen werden nicht beantwortet.

Auskunftersuche sind ausschließlich über das Bietertool „Kommunikation“ auf dem Vergabemarktplatz <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/company/welcome.do> zu stellen und werden nur über die Vergabepattform beantwortet.

Dafür ist es notwendig, dass sich die Bieter – freiwillig – auf der Vergabepattform registrieren. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Informationen zu Antworten auf Bieterfragen nur registrierten Bietern zur Verfügung gestellt werden können. Die Bieterfragen sind über die oben genannte Vergabepattform zu stellen. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt der anfragende Bieter.

Nur durch diese Verfahrensbedingungen verbleibt dem Auftraggeber ausreichend Gelegenheit, angemessen auf Anzeigen zu reagieren, dies allen Bietern mitzuteilen und die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Bearbeitung der Angebote rechtzeitig zu berücksichtigen.

4. Anforderungen an das Angebot

4.1 Form und Inhalt des Angebotes

Das Angebot ist bis zum **30.06.2026, 11 Uhr** ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform unter <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/company/welcome.do> einzureichen.

Bei der Einreichung eines rechtsverbindlichen Angebotes ist darauf zu achten, dass die Unterzeichnung dem Unternehmen und dem bevollmächtigten Vertreter zuzuordnen ist.

Hierzu stehen Ihnen folgende Signaturmöglichkeiten zur Verfügung:

- Qualifizierte Signatur
- Fortgeschrittene Signatur
- Einfache Signatur

Bei der Verwendung der **einfachen Signatur** sind die zu signierenden Dokumente mindestens mit der Firma und dem **vollständigen Namen der unterzeichnungsberechtigten Person** zu versehen.

Vom Bieter sind dem Angebot sämtliche geforderten Unterlagen beizulegen. Mündliche Ergänzungen werden nicht berücksichtigt. Ein nicht verschlossenes, insbesondere **als Telefax, per E-Mail** oder im Wege anderer elektronischer Medien eingebrachtes Angebot **kann nicht berücksichtigt werden**.

Das Angebot ist einmal an **der dafür vorgesehenen Stelle** (Angebotsblatt) rechtsverbindlich zu unterzeichnen bzw. zu signieren.

Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen:

- Ausgefülltes Angebotsblatt mit Datum, rechtsverbindlicher Unterschrift und Firmenstempel bzw. Signatur (vgl. Ziffer 4.1)
- Vollständig ausgefülltes Leistungsverzeichnis (Preisblatt)
- Für die Eignungsprüfung: einzureichende Unterlagen (vgl. Ziffer 5)
- Fragebogen zur Leistungsbewertung
- Verpflichtungserklärungen zur Tariftreue und Mindestentlohnung
- Datenschutz- und Vertraulichkeitserklärung
- Scientology-Schutzerklärung
- ggf. Erklärung zum Nachunternehmereinsatz und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer
- ggf. Bietergemeinschaftserklärung

4.2 Nachweise und Erklärungen

HINWEISE:

Die Nachweise und Erklärungen sind bei Bietergemeinschaften von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft zu erbringen. Der/die Bieter/Bietergemeinschaft kann sich der Fähigkeiten anderer Unternehmen bzw. Nachunternehmer bedienen. Dabei sind zwei Konstellationen zu unterscheiden:

1. Andere Unternehmen, die für die Erfüllung der Anforderungen (vgl. Angaben zur persönlichen Lage in der Bekanntmachung zur Eignungsleihe) herangezogen werden und
2. Nachunternehmer, die Leistungen ausführen, ohne dass sich der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf den oder die Nachunternehmer beruft.

In beiden Konstellationen müssen die Bieter/Bietergemeinschaften diese anderen Unternehmen/Nachunternehmer bereits im Angebot mit Namen und Anschrift benennen und ggf. die Art und den Umfang der von den Nachunternehmer(n) übernommenen Teilleistungen zweifelsfrei angeben (Erklärung zum Nachunternehmereinsatz). Die Bieter/Bietergemeinschaften müssen außerdem nachweisen, dass sie auf die Mittel des/der anderen Unternehmen(s)/Nachunternehmer(s) tatsächlich zugreifen können. Dieser Nachweis erfolgt durch die Vorlage einer Eigenerklärung (Verpflichtungserklärung) des/der anderen Unternehmen(s)/Nachunternehmer(s), in welcher dieser sich für den Fall der Erteilung des Zuschlags an den/die betreffende(n) Bieter/Bietergemeinschaft(en) gegenüber diesem/n unwiderruflich verpflichtet, seine Mittel während der Auftragsabwicklung zur Verfügung zu stellen.

In der ersten Konstellation müssen die Bieter/Bietergemeinschaften auf den jeweiligen Formblättern für die Eignungsnachweise im Einzelnen deutlich machen, welche Angaben von diesem/diesen anderen Unternehmen stammen. Die Verpflichtungserklärung ist im Fall der Eignungsleihe bereits mit dem Angebot vorzulegen.

In der zweiten Konstellation müssen die Bieter/Bietergemeinschaften in ihrem Angebot die Art und den Umfang der von dem/den Nachunternehmer(n) übernommenen Teilleistungen zweifelsfrei angeben. Die Verpflichtungserklärung ist in diesem Fall (im Gegensatz zum Fall der Eignungsleihe) erst auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

Der Auftraggeber wird von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vor Zuschlagserteilung unter Fristsetzung von sämtlichen Nachunternehmern darüber hinaus die folgenden Erklärungen anfordern:

1. Kopie der Anmeldungs- bzw. Eintragungsbescheinigungen in deutscher Sprache zum Nachweis der ordnungsgemäßen Gewerbeanmeldung/ -ummeldung bzw. Eintragung ins Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Herkunftslandes; andernfalls vergleichbarer Nachweis für die Existenz und den Gegenstand des Unternehmens des Nachunternehmers. Der Auszug aus dem Handelsregister/vergleichbare Nachweis darf zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Angebote nicht älter als 12 Monate sein.
2. Erklärungen des Nachunternehmers, dass keine Ausschlussgründe nach § 31 UVgO vorliegen.
3. Versicherungsnachweise gem. der Bekanntmachung
4. Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des LTMG Baden-Württemberg.

Werden diese Unterlagen nicht vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

Ab einer Auftragssumme von 25.000 Euro wird die Auftraggeberin für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen **Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG** beim Bundeskartellamt, anfordern.

5. Eignungskriterien

Auftragnehmer müssen wirtschaftlich gesunde, leistungsfähige Bieter sein, welche die geforderten Leistungen erbringen können. Bieter müssen ihre Eignung zur Durchführung der gestellten Aufgaben nachweisen. Die Nachweise sind ausschließlich unter Verwendung dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe beigefügten Formblätter zu erbringen.

Zur Prüfung der Eignung werden folgende Mindestanforderungen geprüft:

5.1 Befähigung zur Berufsausübung

- **Existenznachweis** bei Eintragung im **Handels-, Genossenschafts- oder Partnerschaftsregister** oder einem **Vereinsregister** eines Bundeslandes der Bundesrepublik Deutschland durch Angabe der **Registerart**, des **Registergerichts** und der **Registernummer**; **alternativ** durch Einreichung einer **Kopie der Anmeldungs- bzw. Eintragungsbescheinigungen** zum Nachweis der ordnungsgemäßen Gewerbeanmeldung/-ummeldung, **nicht älter als 12 Monate** in deutscher Sprache (vgl. Bekanntmachung)
- Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 31 UVgO (vgl. Bekanntmachung)
- Sofern erforderlich:
 - Bietergemeinschaftserklärung
 - Nachunternehmererklärung
 - Nachunternehmerverpflichtungserklärung

5.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Erklärung über den **Gesamtumsatz** des Bieters/der Bietergemeinschaft und den **Umsatz für** die zu vergebenden Leistungen **entsprechenden Dienstleistungen** in den letzten **drei** abgeschlossenen **Geschäftsjahren**
- Eigenerklärung über den Bestand/Abschluss einer **gültigen Betriebs- oder Berufshaftpflichtversicherung** mit folgenden Mindestdeckungssumme:
 - pro Versicherungsfall mindestens **3.000.000 €** pauschal für **Personen- und Sachschäden** sowie **mindestens 1.000.000 €** für **Vermögensschäden**

5.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Erklärung über die **Anzahl des Gesamtpersonals** der letzten **drei abgeschlossenen Geschäftsjahre** und die **Anzahl der Mitarbeitenden**, die in den letzten **drei Geschäftsjahren** für **entsprechende Dienstleistungen** eingesetzt worden sind
- Nachweis über die Anerkennung des Kurses bei der nach Landesrecht zuständigen Stelle (§ 51 StrISchV)

5.4 Bedingungen für die Ausführung des Auftrages

- Datenschutz- und Vertraulichkeitserklärung
- Scientology-Schutzerklärung
- Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des LTMG Baden-Württemberg

6. Zuschlagskriterien

Es ist beabsichtigt, den Zuschlag gem. § 43 Abs. 1 UVgO auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Maximal können 100 Punkte (= 100 %) erreicht werden.

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage der nachfolgenden los-spezifischen Kriterien:

- | | |
|------------------------------|-----------------------|
| 1. Wertungsanteil: Preis | 50 % = max. 50 Punkte |
| 2. Ausschlusskriterien | |
| 3. Wertungsanteil: Kriterien | 50 % = max. 50 Punkte |

Innerhalb des Wertungsanteils Kriterien mit insgesamt 50 % werden 100% = max. 100 Punkte verteilt. Daraus ergibt sich folgender Verteilerschlüssel:

3.1 Praktikumspraxen	30 % = max. 30 Punkte
3.1.1 Anzahl Praktikumspraxen	33,3 %
3.1.2 Entfernung	33,3 %
3.1.3 Verpflegung	33,4 %
3.2 Qualifikation und Fachkenntnis	35 % = max. 35 Punkte
3.3 Schulungsablauf und Qualität der Schulung	35 % = max. 35 Punkte

Daraus ergibt sich folgende Formel:

Wertungskennzahl

$$= \text{Gewicht KRITERIEN} \times \left(\frac{\text{Leistungspunktzahl des Angebotes}}{\text{Beste vorhandene Leistungspunktzahl}} \right) \\ + \text{Gewicht PREIS} \times \left(\frac{\text{Niedrigster Angebotspreis}}{\text{Preis des Angebots}} \right)$$

Beispiel

$$= 50 \times \left(\frac{40}{50} \right) + 50 \times \left(\frac{50}{55} \right) = 85,45 \text{ Punkte}$$

Bei der so errechneten Punktzahl in jedem Kriterium findet nur die erste Nachkommastelle Berücksichtigung. Alle weiteren Nachkommastellen fallen ohne Auf- oder Abrundung weg.

6.1 Preis

Dieses Kriterium wird mit maximal 50 Punkten bewertet.

Das Angebot mit dem geringsten Bruttopreis für die ausgeschriebene Leistung (vgl. Leistungsverzeichnis) erhält 50 Punkte. Für die preislich nachfolgenden Angebote wird die Punktzahl wie folgt bestimmt:

Daraus ergibt sich folgende Formel:

$$\textbf{Preiskennzahl} = \text{Gewicht Preis} \times \left(\frac{\text{Niedrigster Angebotspreis}}{\text{Preis des Angebots}} \right)$$

Beispiel:

$$\textbf{Preiskennzahl} = 50 \times \left(\frac{1.000}{1.000} \right) = 50 \text{ Punkte}$$

6.2 Ausschlusskriterien

Es werden zwei Ausschlusskriterien abgefragt, welche Sie bitte bei Vorliegen der Voraussetzung mit „Ja“, bei Nichtvorliegen bitte mit „Nein“ im Fragebogen zur Leistungsbewertung beantworten.

- 2.1 Können Sie alle in Anlage 2 aufgeführten Termine sicherstellen?
- 2.2 Erfüllen Sie die in der Leistungsbeschreibung unter Punkt III. 3 „Qualifikationserfordernisse und Zugangsvoraussetzungen“ genannten Ausschlusskriterien?

6.3 Wertungskriterien (max. 50 Punkte)

6.3.1 Praktikumspraxen (max. 30 Punkte)

6.3.1.1. Anzahl der Praktikumspraxen (max. 10 Punkte)

Wie viele Praktikumspraxen haben Sie im Radius von 45 Minuten Fahrzeit vom Standort der KVBW (Albstadtweg 11, 70567 Stuttgart)?

Bitte beachten Sie die Mindestanzahl der erforderlichen Praktikumspraxen von 4 Stück. Die angegebene Zahl wird interpoliert.

6.3.1.2 Entfernung (max. 10 Punkte)

Geben Sie die Entfernung in Minuten der von Ihnen eingeplanten vier Praktikumspraxen zur Durchführung der Schulungsmaßnahmen auf Basis von Google Maps an. Die Entfernung kann sowohl auf der Fahrzeit mit dem PKW als auch auf der Fahrzeit mit dem ÖPNV beruhen. Weitere Praktikumspraxen können im Ausnahmefall konsultiert werden, sind aber für die Bewertung aus Gleichbehandlungsgründen irrelevant.

Zur Bewertung wird aus den Einzelangaben eine Gesamtfahrzeit berechnet und diese wird interpoliert.

6.3.1.3. Verpflegung (max. 10 Punkte)

Beschreiben Sie Ihre Verpflegung in den Praktikumspraxen. Mindestanforderungen sind: Empfangssnack, Mittagessen, Kaffeegebäck, Kalt- und Warmgetränke.

6.3.2 Qualifikation und Fachkenntnis (max. 35 Punkte)

Stellen Sie dar, wie der Referent bzw. die eingesetzten Referenten sich zum ausgeschriebenen Thema fort- bzw. weiterbildet/n. Gehen Sie hierbei insbesondere auf folgende Punkte ein:

- Fortbildungsmaßnahmen inhaltlich (Fortbildungsthemen und -dauer)
- Bisherige Einsatzbereiche der Referenten
- Bisherige Erfahrung/Tätigkeit der Referenten in der Durchführung von Strahlenschutzkursen

Legen Sie Ihrem Konzept den Akkreditierungsnachweis gem. § 51 StrlSchV bei.

6.3.3 Schulungsablauf und Qualität der Schulung (max. 35 Punkte)

Stellen Sie dar, wie es Ihnen bzw. den einzusetzenden Referenten methodisch, didaktisch und fachlich gelingt, im Ergebnis der Fortbildung sicherzustellen, dass die Teilnehmer:

Aufforderung zur Angebotsabgabe

- neue Kenntnisse erwerben bzw. ihre Kompetenzen erweitern,
- einen praktischen Nutzen aus den vermittelten Kenntnissen für sich/ihre Praxis ziehen und
- genügend Zeit für Fragen und zur Diskussion haben.

Gehen Sie hierbei insbesondere auf den Ablauf bzw. Aufbau und die Präsentationstechniken der Schulung ein.

Bitte legen Sie mindestens drei Gesamtergebnisse von Teilnehmer-Evaluationen (Umfrageergebnis eines durchgeführten Kurses) von Ihnen bzw. den einzusetzenden Referenten zur Beurteilung der oben genannten Frage bei.

7. Wertungsmaßstab der Wertungskriterien

Für die Wertung tragen Sie Ihre Antworten auf die unter Ziffer 6 aufgeführten Fragen bitte im Dokument „Fragebogen zur Leistungsbewertung“ ein oder verwenden ein separates Blatt.

7.1 Praktikumspraxen

1.1. Anzahl der Praktikumspraxen Wertungspunkt **Nr. 6.3.1.1**

Das Angebot mit der höchsten Anzahl an Praktikumspraxen erhält 10 Punkte. Für die nachfolgenden Angebote wird die Punktzahl wie folgt bestimmt:

$$\textbf{Kennzahl} = \text{Gewicht Praktikumspraxen} \times \left(\frac{\text{Anzahl des Angebots}}{\text{höchste Anzahl der Praktikumspraxen}} \right)$$

Beispiel:

$$\textbf{Preiskennzahl} = 10 \times \left(\frac{6 \text{ St.}}{6 \text{ St.}} \right) = 10 \text{ Punkte}$$

7.2 Entfernung Wertungspunkt **Nr.6.3.1.2**

Das Angebot mit der geringsten Entfernung in Minuten erhält 10 Punkte. Für die nachfolgenden Angebote wird die Punktzahl wie folgt bestimmt:

$$\textbf{Kennzahl} = \text{Gewicht Entfernung} \times \left(\frac{\text{minimale Entfernung per Minuten}}{\text{Anzahl des Angebots}} \right)$$

Beispiel:

$$\textbf{Preiskennzahl} = 10 \times \left(\frac{20 \text{ Min.}}{20 \text{ Min.}} \right) = 10 \text{ Punkte}$$

7.3 Qualitative Wertungspunkte Nr. 6.3.1.3, 6.3.2 und 6.3.3

Die Grundlage der Bewertung für das vorstehend dargestellte Konzept stellt jeweils die Vollständigkeit und Plausibilität der Darstellung in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte dar.

Die Bewertung der qualitativen Kriterien erfolgt nach den folgenden Abstufungen der zu erreichenden maximalen Punkte:

- 100 % der maximalen Punkte für das Kriterium:
Auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe (Vollständigkeit und Plausibilität der Darstellung) in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte im jeweiligen Wertungskriterium ein sehr gutes Konzept
- 80 % der maximalen Punkte für das Kriterium:
Auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe (Vollständigkeit und Plausibilität) in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte im jeweiligen Wertungskriterium ein gutes Konzept
- 60 % der maximalen Punkte für das Kriterium:
Auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe (Vollständigkeit und Plausibilität der Darstellung) in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte im jeweiligen Wertungskriterium ein zufriedenstellendes Konzept
- 40 % der maximalen Punkte für das Kriterium:
Auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe (Vollständigkeit und Plausibilität der Darstellung) in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte im jeweiligen Wertungskriterium ein ausreichendes Konzept
- 20 % der maximalen Punkte für das Kriterium:
Auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe (Vollständigkeit und Plausibilität der Darstellung) in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte im jeweiligen Wertungskriterium ein mit Mängeln behaftetes Konzept
- 0 % der maximalen Punkte für das Kriterium:
Auf Grundlage der Wertungsmaßstäbe (Vollständigkeit und Plausibilität der Darstellung) in Bezug auf die vorgegebenen Aspekte im jeweiligen Wertungskriterium ein unzureichendes Konzept

Bitte beachten Sie:

Anders als bei der preislichen Bewertung gilt bei der Bewertung der qualitativen Kriterien kein relativer, sondern ein absoluter Maßstab. Das beim jeweiligen Kriterium im Vergleich mit anderen Angeboten jeweils beste Angebot erhält also nicht automatisch die maximale Punktzahl. Eine Bewertung als „gutes Konzept“ hat immer eine Bewertung mit 80 % der Punkte zur Folge, auch wenn alle anderen Angebote insofern in diesem Kriterium nur als „ausreichend“ bewertet werden und jeweils nur 40 % der Punkte erhalten.

8. Zuschlag

Die **Zuschlags- und Bindefrist** läuft am **24.07.2026** ab. Der Auftraggeber strebt dennoch an, den Zuschlag zu einem früheren Zeitpunkt zu erteilen. Ein Anspruch auf eine vorzeitige Zuschlagserteilung besteht nicht.

9. Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für die Teilnahme am Verfahren, insbesondere die Ausarbeitung der Angebote, erfolgt keine Vergütung, Kostenerstattung oder Entschädigung.

10. Umgang mit Daten des Bieters

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und im Falle einer vorgesehenen Zuschlagserteilung an ihn gegenüber nicht berücksichtigten Bietern eine Information gem. § 46 UVgO erfolgt.